

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreiecksblatt  
Tageblatt Riesa,  
Gerau Nr. 20.  
Postfach Nr. 82.

Redaktionssitz:  
Dresden 1330.  
Sitzesleiste:  
Riesa Nr. 82.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliche Blatt.

Nr. 43.

Montag, 20. Februar 1933, abends.

86. Jahra.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postabzug 1.14 einschließlich Zustellgebühr (ohne Ausstellungszettel). Für den Fall des Unterstehens von Produktionsverzerrungen, Schüttungen und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Zeiträumen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Gründchrifthalbe (6 Silber) 25 Gold-Pennige; die 89 mm breite Tellermesse 100 Gold-Pennige; zeitraubender und tabellarischer Son 50% Aufschlag. Festes Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfüllt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Rechnungszeit: Riesa. Richtigste Unterhaltungsbeilage „Explosiv an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebseinrichtungen — hat der Rezipient keinen Anspruch auf Weiterleitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.**

**Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittrich, Riesa.**

## Der Wahlkampf in vollem Gange.

Das Verbot von Zentrumsblättern wieder aufgehoben.

### Der Reichskanzler in Köln

Als Abschluss eines Treffens der rheinischen Nationalsozialisten fand in der Kölner Messehalle eine Massenversammlung statt, in der Reichskanzler Hitler sprach.

Mit stürmischen Beifallkundgebungen nahmen es die Versammlungsbesucher auf, als unter Vorantritt einer uniformierten Polizeikapelle mehrere hunderttausend der Kölner Schuhpolizei mit einer großen Halbmondfahne einmarschierten, wobei die Polizeioffiziere und die Schuhleute die Arme zum Hitlergruß erhoben. Den Polizisten folgte eine Abteilung der städtischen Straßenbahnen in Uniform.

Nachdem die Fahnen und Standarten der SA, der SS, der Ortsgruppen und der Hitlerjugend durch Depputationen vereingeschworen waren, erschien mit stürmischem Jubel begrüßt, der Parteiführer Reichskanzler Adolf Hitler. Von kleinen Knaben und Mädchen wurden ihm Blumensträuße überreicht. Es wähnte längere Zeit, bis sich der Begrüßungsturm gelegt hatte und der Kanzler das Wort nehmen konnte. Er erklärte:

Im November 1918 haben die jetzt überwundenen Parteien nicht ein bereits vereinbartes Volk übernommen, sondern ein Reich, das in seiner Kraft und seiner Stärke vierzehn Jahre lang einer Welt standhalten konnte. Trocken haben die bisher herrschenden Parteien dieses Reich und dieses Volk in einem Zustand des furchtbaren Elends gebracht. Sie jagen, unsere Bewegung sei eine Folge der wirtschaftlichen Not. Ich antworte: Das ist die Not, die ihr über Deutschland gebracht habt! Ich kann nicht verantwortlich gemacht werden für das, was seit 1918 von den herrschenden Mächten angerichtet wurde. Ich habe damals nicht zu den Reichstagswahlen gehört, die in Parlamenten reden, während anständige Menschen für Deutschland kämpften. Ich habe unsere Bewegung erst geschaffen, als ich sah, daß Deutschland durch jene Leute ins Verderben gerissen wurde. Ich habe mit das Ziel gesetzt, den verderblichen Marxismus zu bekämpfen. Über mit diesen Marxischen hat sich dasselbe Zentrum verbündet, das jetzt mit einem Auftruf gegen uns antäuft.

Wenn das Zentrum uns vorwirkt, wir hätten die Ordnung gestört, so will es damit offenbar den Anschein erwecken, als hätten in den letzten vierzehn Jahren Ruhe, Sicherheit, Friede, Recht und Disziplin geherrscht, und erst seit drei Wochen seien sie ins Wanken geraten. Wenn ich jetzt an das Volk appelliere, so wird das in dem Flugblatt als ungefehliger Vorgang bezüglich, weil ich nach der Rechtlichkeit spreche. Meine verehrten Herren vom Zentrum, gewiß strebe ich nach der Mehrheit. Das muß ich ja tun, wenn ich der Weimarer Verfassung gerecht werden will. Diese Verfassung habe ich ja nicht gemacht. Wenn die Urheber dieser Verfassung jetzt plötzlich die Mehrheit als etwas Unpassendes ansiehen wollen, nun, bin ich auch bereit, mit einer Minderheit zu regieren. In dem Ruf wird weiter ausgeführt, man müsse die Treue gegenüber dem Schwur auf die Verfassung aufrecht erhalten. Jedenfalls, das Wort höre ich gern. Ich war Soldat und habe einen Schwur geleistet. Diesen Schwur habe ich gehalten, und ich habe ihn nie vergessen und begreife nicht, wie leicht die anderen diesen Schwur von damals preisgeben könnten. Diese Leute wollen heute von Schwur und Eid reden? Wer sich auf den Boden des 9. November stellt, der hat überhaupt kein Recht, von Eid und Verfassung zu reden. Vom Christentum wird viel in dem Altkat. gesprochen. Wie wollen durch die Tat des christlichen Gedankens im Staat durchführen, während das Zentrum vierzehn Jahre lang im Bund mit Arbeitern und Gottleszeugnern regiert hat. Wenn in dem Ruf weiter an uns die Aufrücker gerichtet wird, wie sollten auch die Freiheit des Gegners achten, so frage ich, ob man unsere Freiheit geachtet hat.

Man verlangt die Vorlegung unseres Programms. Ich will nicht meine Arbeit mit der Lüge beginnen, daß wir vielleicht mit einer neuen Notverordnung gleich nach der Wahl das Deutsche Reich retten und alles in Ordnung bringen. In den vierzehn Jahren ist Deutschland so sehr verfallen, so sehr zerstört worden, die deutsche Wirtschaft ist so schwer erschüttert, die deutschen Finanzen sind derart in Unordnung, daß es jahrelanger Arbeit bedarf, um das wieder gutzumachen, was die anderen in vierzehn Jahren zerstört haben. Wenn ihnen vierzehn Jahre bewilligt würden, dann muß ich für mich vier Jahre verlangen. Dann werde ich mein Werk dem Urteil des Volkes überlassen. Dieses neue Reich wollen wir aufbauen nicht durch solche Methoden, bei denen die Grenze zwischen Privatentgelt und Staatsentgelt vermischt werden. Wir wollen schaffen das große Deutschland eines sozialen und gerechten Ausgleichs unter Überwindung von Standessvorurteilen und Klassendunkel, unter Bereitstellung von Interessenengruppen, die nur sich sehen und

nicht die Nation. So wird kommen dieses Reich der Einigkeit und der Größe und der Kraft und der Herrlichkeit.

Langanhaltende Beifallstürme und Heirufe schlossen sich an die Rede des Kanzlers an.

### Minister Dr. Erich in Dresden

Die NSDAP veranstaltete am Sonntag in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Circus Saracani eine große Wahlkundgebung. Nach kurzen Begrüßungsworten des Landtagsabgeordneten Euno Mayer betonte Prinz August Wilhelm, daß „aller das Volk am 5. März nochmals die Freiheit habe geben wollen, sein Schicksal selbst zu wenden. Ein großes Geschehen sei in Deutschland am 30. Januar vor sich gegangen. Seht zeigen es sich, wie recht Hitler hatte, als er am 13. August und in den Novembertagen vorangegangenen Jahres die lokalen Angebote, in die Regierung einzutreten, zurückwies und den Tag abwartete, der doch einmal kommen mußte. Noch flammerten sich die Vertreter des alten Systems an ihre liebgewordenen Stellungen, wofür der Preußische Landtag ein draufgängiges Beispiel biete. Noch immer könnten die Herren Braun und Seesing nicht begreifen, daß das Volk sie nicht mehr wolle. Vierzehn Jahre hätten die Novemberparteien Gelegenheit gehabt, ihr Können zu zeigen: das Ergebnis sei ein Trümmerfeld. Der Redner forderte zum Schluss alle Volksgenossen auf zur Einordnung in die große Volksgemeinschaft unter Führung Hitlers; denn ohne die nationalsozialistische Bewegung wäre jener entwürdigte 30. Januar 1933 in Berlin nicht möglich gewesen.

Nach dem gemeinsam gefüllten Lied „O Deutschland hoch in Ehren“ ergriff der Reichsminister des Innern, Dr. Erich, das Wort. Er wiss ebenfalls auf die historische Bedeutung des 30. Januar hin und auf die gemäßigten Maßnahmen in der Wilhelmstraße am Abend jenes Tages, die der Ausdruck eines unbegrenzten Vertrauens zum Führer waren. Das vielfach von uns verlangte Verbot der KPD lehnen wir ab. Das deutsche Volk soll vielmehr selbst mit allen Kräften daran arbeiten, den Kommunismus niederkämpfen. Deshalb war der erste Entschluß der Reichsregierung, das Volk noch ein leichtes Mal zum Kampf gegen die zerstörenden Kräfte aufzurufen. Das ist der Sinn des Wahlkampfes im Reich wie in Preußen. Er sei überzeugt, daß das deutsche Volk im rechten Augenblick seinen gefundenen politischen Blick beweisen werde. Sollte aber der 5. März nicht die nötige Mehrheit für die Regierung erbringen, so würde doch andererseits auch seine positive Mehrheit gegen sie zu standekommen, sondern höchstens eine negative mit Hilfe der Kommunisten. Aber auch in diesem Fall würde die Regierung das nun begonnene Rettungswerk am deutschen Volk fortführen und nicht das Feld räumen. In Programmen habe man in den letzten vierzehn Jahren überzeugt erlebt, sie seien alle Papier geblieben. Der Name Hitler sei wahrschauend genug; das Entscheidende seien der Wille und die Kraft zur Tat.

Nun haben, so erklärte Dr. Erich weiter, Staatspräsident und Polizei eines Landes es für richtig angesehen, den Auftrag der Reichsregierung als phrasentreiches inhaltsloses Wahlwerk zu bezeichnen; bald darauf wurde die Übertragung der Rundfunkreden des Reichskanzlers gestoppt und zum Teil verhindert. Auch ließ eine Regierung es zu, daß in einem marginalen Plakatentwurf einem aktiven Reichsminister wider besserer Willen Kriegsdrückebergerie vorgeworfen wird. Diese Regierung werde sich nicht wundern dürfen, wenn die Reichsregierung die entsprechenden Folgerungen ziehe. Das sollte er im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung als Reichsminister nur gefragt haben.

Die Hoheitsregierung in Preußen mußte bestraft werden. Die marginale Herrschaft in Preußen sei und bleibe bestraft. Wenn man aber den Marxismus bekämpfen wolle, so könnte das nicht mit Polizeimethoden geschehen; man müsse vielmehr eine andere, stärkere Weltanschauung an seine Stelle setzen, die Staatsgewalt könne dann nur unter die vollendete Tatsache nachdrücklich ihr Siegel drücken. Der Kampf gegen den Marxismus sei das einzige Ziel dieses Wahlkampfes.

Das Zentrum ist uns böse, fuhr Dr. Erich fort, weil es diesmal nicht die Finger bei der Regierungsbildung im Spiel hatte. Wir bedauern das, stellen aber fest, daß das Zentrum an der Entwicklung der letzten vierzehn Jahre aufs Neuerliche mitbelastet ist. Deshalb haben wir die Verhandlungen mit ihm äußerst vorsichtig geführt. Wenn wir uns auf die Beantwortung jenes Fragebogens des Herrn Raas eingelassen hätten, so wäre die Folge ein endloses und ergebnisloses Palaver gewesen, worauf wir uns nicht einlassen könnten. Und wenn man jetzt wieder die Worte „Kulturmampf und Kampf gegen die Religion“ zu hören bekommt, so weißt du, der Minister, nur auf die Tatsache hin, daß an der Spitze der

neuen Regierung zwei Katholiken ständen, Hitler und von Papen.

Wenn man ein Wirtschaftsprogramm der NSDAP verlangt, so müßten doch zunächst einmal überhaupt die Voraussetzungen für eine Befriedung der deutschen Wirtschaft geschaffen werden. Das sei die geistige und seelische Umstellung des deutschen Volkes in nationalem Sinn. Erstes Ziel sei die Erziehung der deutschen Jugend und ihre Erfüllung mit wehrhaftem Geist. Die pazifistischen internationalen Phrasen sei uns nicht geholfen; das lege man an der in Genua aufgeführten Komödie. Erst müsse das Volk sich seiner eigenen Kraft bewußt werden und sie voll in die Waagschale werfen. Wenn wir in der Frage der Abrüstung und Gleichberechtigung weiterkommen wollten, müsse zunächst einmal der Feind im eigenen Volk selbst unerbittlich gemacht werden. Dann müßten wir ein Gelehr schaffen, wonach Landesverrat ohne weiteres mit dem Tode bestraft wird. Das werde der Anfang der Befriedung sein.

Der Minister erwähnte weiter die inzwischen bereits von der Reichsregierung zugunsten der Landwirtschaft getroffenen Maßnahmen und sagte, wenn die Wirtschaft überhaupt wieder gefundenen soll, so müsse man beim deutschen Bauern anfangen. Unser Wirtschaftsprogramm lautete in einem Satz: Schuf jeder ehrlichen nationalen Arbeit. Nur so werde es schließlich möglich sein, die Millionen Erwerbsloser allmählich wieder in den Produktionsprozeß einzugsleben. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen müsse nun der Regierung überlassen bleiben. Nach vier Jahren werde das deutsche Volk wieder Gelegenheit haben, sein Urteil abzugeben. Und nun, so schloß Dr. Erich seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen, lassen Sie uns an die Arbeit gehen. Wir vertreten nicht die Politik der Interessenhaufen, sondern das Interesse der gesamten Nation; nicht für die Partei, sondern für Deutschland.

Mit dem gemeinsam gefüllten Deutschlandlied und dem „Horst-Wessel-Lied“ schloß die Kundgebung.

### Entschließung der Vaterländischen Verbände.

Berlin. In der Sitzung des Gesamtvorstandes der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands wurde einstimmig die bisherige Haltung des Präsidiums gebilligt und eine von Graf von der Schulze verfaßte Entschließung angenommen, daß die innere Not und die erneute außenpolitische Lage eine in sich einzige nationale Regierung flüchtig und charakterstarke Sachverständiger erfordere. Die Wahl müsse klar machen, daß sich Deutschland eine Ausbautung und die Ausbildung nicht länger gefallen lassen möge. Nur national und sozial geeignet könne Deutschland noch eine Zukunft haben. Wer seinen Kindern ein besseres Dasein ermöglichen wolle, stelle alle kleinlichen Nebenken zurück und wähle eine der Parteien der nationalen Erhebung.

### Wahlreden Dr. Brünings

Der frühere Reichskanzler Dr. Brünning hielt in Würzburg, Bieberach und Ravensburg seine ersten Wahlreden in diesem Wahlkampf. Er wandte sich in seinen Ausführungen in scharfer Weise gegen die Reichsregierung und ihre Maßnahmen. Er kritisierte die Einziehung von Reichskommissaren in Ländern und beschäftigte sich in diesem Zusammenhang mit dem Artikel 48. Man erlebe jetzt ein Hineingehen von einem Experiment ins Andere. Während sich früher die Initiativen öffentlich abgespielt hätten, gingen sie jetzt hinter den Kulissen vor sich. Er habe von den Notverordnungen, die die Regierung erlassen habe, nicht den Eindruck, daß sie auf einen systematisch aufgebauten vierjährigen Plan hinauslaufen sollten.

Auch gegen den Aufruf der Reichsregierung wandte sich Dr. Brünning in scharfer Weise. Es sei unrichtig, von einem Trümmerhaufen zu sprechen, den das System der letzten vierzehn Jahren hinterlassen habe; es sei in diesen vierzehn Jahren tatsächlich eine große Zahl von außenpolitischen Erfolgen erzielt worden. Um übrigen sei es notwendig, daß alles vermieden werde, um Deutschland nicht wieder in kürzerer Zeit in eine moralische Isolation zurückzuführen.

Um Schlüß seiner Ausführungen betonte Dr. Brünning, daß das Zentrum mit jeder Regierung zusammenarbeiten werde, die den Ausgleich zwischen den Ständen wolle, die ein wirklich christlich-politisches Programm vertrete und verfassungstreu sei. Das Zentrum werde kämpfen und sich nicht unterdrücken lassen.